



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Frau
Dr. Petra Sitte MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Rita Schwarzelühr-Sutter
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

büro.schwarzeluehr@bmub.bund.de

www.bmub.bund.de

Berlin, 26.2.2018

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 2/171 vom 16. Februar 2018
(Eingang im Bundeskanzleramt am 19. Februar 2018) beantworte ich wie
folgt:

Frage

*„Inwieweit wurden bei der Auswahl der fünf Pilotstädte, die seitens der Bundesregierung in einem Brief an die EU-Kommission für den Test von Maßnahmen zur Luftreinhaltung einschließlich eines fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehrs vorgeschlagen wurden
(<https://www.tagesschau.de/inland/nahverkehr-luft-bruessel-101.html>), auch Städte in Ostdeutschland berücksichtigt – insbesondere Halle als einer der am stärksten belasteten Standorte der Region
(<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/luftverschmutzung-stickoxide-dresden-halle-100.html>) und wie verhält sich die Bundesregierung zu dem Vorschlag des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds, Halle-Leipzig zur Modellregion für einen fahrscheinlosen Nahverkehr zu machen
(<https://mz-web.de/sachsen-anhalt/kostenloser-nahverkehr-raum-halle-leipzig-soll-die-modellregion-werden-29708966>)?“*



Seite 2

Antwort

Die fünf Modellstädte wurden nach Klärung von Fachfragen mit besonders von Stickstoffdioxidbelastung betroffenen Ländern repräsentativ im Hinblick auf das Belastungsregime, d.h. niedrigere, mittlere oder höhere Überschreitung des Jahresmittelgrenzwerts für Stickstoffdioxid für die Außenluft, und Größe ausgewählt. In Ostdeutschland ist nur die Stadt Mühlhausen, in der im Jahr 2016 der Jahresmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid allerdings eingehalten wurde, vom laufenden Vertragsverletzungsverfahren wegen Überschreitung der Stickstoffdioxidgrenzwerte betroffen. Für das Jahr 2017 liegen der Bundesregierung noch keine endgültig validierten Daten der für die Überwachung der Luftqualität zuständigen Behörden der Länder vor.

Eine Erweiterung des Kreises der Modellstädte ist nicht vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Rita Schwarzelühr-Sutter